Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspeditoren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3394. • Expedition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 282. [48. Jahrgang.] Dienstag den 1. Dezember 1908. [48. Jahrgang.] Nr. 282.

Berlin, den 30. November.

Politischer Tagesbericht.

In den Sitzungen des Reichstags am 24. und 25. November ist von verschiedenen Seiten behauptet worden, die Ausführung des § 12 des Vereinsgesetzes, des sog. Sprachenparagraphen, in Preußen stehe mit den vor seinem Zustandekommen abgegebenen Zusicherungen der verbündeten Regierungen nicht im Einklang und setze sich mit Erklärungen des Staatssekretärs des Innern in Widerspruch. Diese auch in der Tagespresse wiederholten Unterstellungen erfordern nachdrückliche Zurückweisung.

Die verbündeten Regierungen haben niemals einen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß die durch den § 12 dargebotene Waffe der Abwehr der deutschfeindlichen fremdnationalen Bestrebungen nicht nur im Osten, sondern in besonderem Maße und unmittelbar auch im Westen des Reichs dienen solle. Unter diesem Gesichtspunkte haben sie bei den Kompromißverhandlungen über das Sprachenverbot zwar zu einer zeitweisen Abmilderung gegenüber den Landesstellen mit geschlossener fremdsprachiger Bevölkerung sich bereit finden lassen, dagegen mit Entschiedenheit jeden Versuch bekämpft, die immitten der kerndeutschen preußischen Westprovinzen auftretenden nationalpolnischen Prätensionen direkt oder indirekt der Anwendung des § 12 zu entziehen. Unter diesem Gesichtspunkte haben sie namentlich bei der Kommissionsberatung die Ablehnung eines vom Abgeordneten Graef gestellten Antrags durchgesetzt, alle gewerkschaftlichen Versammlungen vom Sprachenverbot auszunehmen. Wenn nachher derselbe Abgeordnete, dem aus den inzwischen gepflogenen Kompromißverhandlungen ebenso wie den Vertretern der übrigen Blockparteien diese Stellung der verbündeten Regierungen genau bekannt war, im Plenum unter vorheriger lebhafter Betonung der Polengefahr für das nationale Deutschtum am Schlusse seiner Rede ausführte, es müsse eine Möglichkeit geschaffen werden, soweit politische und nationale Interessen gegenüber dem Polentum unberührt bleiben, in Versammlungen, insbesondere Gewerkschaftsversammlungen, in fremder Sprache verhandeln zu können, und eine Erklärung zu erhalten wünschte, daß die Regierung für solche von der deutschen Arbeiterbewegung veranstaltete Versammlungen vom § 12 keinen ungeeigneten Gebrauch machen wolle, so konnte er selbstverständlich nicht bezwecken, den Inhalt seines abgelehnten Antrags in anderer Form materiell zur Geltung zu bringen. Seine Absicht war vielmehr lediglich, zunächst vom Standpunkt seiner Partei unter bewußter Preisgabe der dem Deutschtum feindlichen nationalen Bestrebungen des Polentums und namentlich des gewerkschaftlich organisierten Polentums festzustellen, daß den sonstigen in der Arbeiterschaft des rheinisch-westfälischen Industriegebiets zahlreich vertretenen fremdsprachigen Elemente der Gebrauch ihrer Idiome in öffentlichen Versammlungen — nur um solche handelt es sich im § 12 — gestattet sein solle. Die Voraussetzungen, unter denen der Abgeordnete Graef den Gebrauch der fremden Sprache zugelassen sehen wollte, waren alle einmal, daß das politische und nationale Interesse gegenüber dem Polentum unberührt bleiben, und ferner, daß die deutsche Arbeiterbewegung Veranstalterin der Versammlungen sein müsse. Nur soweit diese so umschriebenen Voraussetzungen für fremdsprachige Teile der Arbeiterschaft zutreffen, hat darauf der Staatssekretär des Innern in Aussicht gestellt, daß der Sprachenparagraph zu einer Beeinträchtigung der gesetzlichen Bestrebungen der Arbeiterschaft auf dem Gebiete der Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht führen werde. Es konnte somit keinem Zweifel unterliegen, daß die im Rahmen jener Bestrebungen durchaus nicht notwendige, sondern überwiegend unter national-politischen Gesichtspunkten stehenden polnischen Gewerkschaftsorganisationen, die das nationale und politische Interesse des Deutschtums gegenüber dem Polentume sehr lebhaft berühren und deren öffentliche Versammlungen von der national-polnischen Arbeiterbewegung veranstaltet werden, weder vom Abgeordneten Graef, noch vom Staatssekretär des Innern von dem § 12 ausgenommen werden sollten.

Ebensowenig kann es nach dem Voraufgegangenen einem Zweifel unterliegen, daß auch der Abgeordnete Müller-Meiningen, als er um Aufklärung ersuchte, ob die Regierungserklärung sich nur auf die dem Abgeordneten Graef nahestehenden oder auch auf alle anderen Arbeiterorganisationen beziehen solle, unter den letzteren nur die verschiedenen politischen Richtungen der Gewerkvereinsbewegung verstanden wissen wollte. Unter diese verschiedenen politischen Richtungen der Gewerkvereinsbewegung fallen aber die polnischen Gewerkschaften nicht, da sie nicht die ihnen mit allen übrigen Arbeitern gemeinsamen wirtschaftspolitischen Interessen in den Vordergrund stellen, sondern für ihren Zusammenschluß lediglich die Stammes- und Sprachengemeinschaft und die sich darin ausdrückenden fremdnationalen Aspirationen bestimmend sein lassen. So und nicht anders konnte auch nur die Antwort des Staatssekretärs des Innern, daß er seine Erklärung keineswegs auf die christlich-sozialen Arbeiterorganisationen beschränkt sehen wolle, aufgefaßt werden.

Uebrigens hat selbst der sozialdemokratische Redner noch in der dritten Lesung erklärt, er habe die Ausführungen des Staatssekretärs nicht dahin aufgefaßt, daß sie die polnischen Gewerkschaften mitbegreifen sollten.

Die Ablehnung der Zulassung der polnischen Sprache in öffentlichen Versammlungen polnischer Gewerkvereine seitens preußischer Verwaltungsbehörden entspricht also durchaus den im Reichstage kundgegebenen Auffassungen der Reichsregierung. Von einem Gegensatz zwischen Reich und Land gar von einem Desavouieren des Staatssekretärs des Innern durch den preußischen Minister des Innern kann keine Rede sein.

Das Königliche Staatsministerium trat unter dem Vorsitz seines Präsidenten Fürsten v. Bülow heute zu einer Sitzung zusammen.

Rundschau im Auslande.

Zu den Orientfragen.

Das Wiener K. K. Telegr.-Korresp.-Bureau meldet unter dem 29. d. M.: Die gestrige Meldung des serbischen Pressebureaus, nach der 22 000 Mann österreichischer Truppen an der montenegrinischen Grenze unter Zurücklassung von Munition und Proviant die Flucht ergriffen hätten, ist in Wien eines amtlichen Dementis nicht für wert erachtet worden. Dagegen bringen heute die Zeitungen Zeit, Neue Freie Presse und Neues Wiener Tagblatt eine Aufklärung. Danach sind in Kolovac und Sacko die nur ganz schwachen, unverstärkten Garnisonen von 300 bis 400 Mann im Oktober in den Alarmzustand versetzt und demgemäß die Bagage der Verheirateten und anderes überflüssige Gepäck fortgeschafft worden, während Offiziere und Mannschaften auf ihren Posten verblieben sind.

* * *

Konstantinopel, 28. November. (Wiener Telegr.-Korr.-Bureau.) Die Gerüchte von einem teilweisen Wechsel im Ministerium dauern fort. Hilmi Pascha soll Minister des Innern und das Mitglied des jungtürkischen Komitees Ahmed Riza Unterrichts- und Justizminister werden. Der Ackerbauminister Mavrocordato hat wegen der griechischen Wahlvorgänge seine Entlassung eingereicht.

Konstantinopel, 28. November. (Wiener Telegr.-Korr.-Bureau.) Der Minister des Auswärtigen erklärte einem Redakteur der Jeni Gazetta gegenüber, daß der frühere serbische Ministerpräsident Paschitsch auf seiner Heimkehr über Konstantinopel dem Großwesir und ihm selbst nur einen einfachen Höflichkeitsbesuch gemacht habe. Der Besuch habe mit einer Entente nichts zu tun. Sowohl der Großwesir als auch er hätten Paschitsch Ruhe und Vorsicht empfohlen, alle anders lautenden Gerüchte seien falsch.

Der Großwesir erklärte gestern gegenüber dem italienischen Botschafter, daß sich die Regierung bemühen werde, die Boykottbewegung gegen Oesterreich-Ungarn zu unterdrücken.

Jeni Gazetta veröffentlicht das vom Marineministerium für einen Zeitraum von acht Jahren ausgearbeitete Flottenprogramm. Die Gesamtausgaben betragen 17 860 000 Pfund, von denen in das Budget des nächsten Jahres 2 232 000 Pfund eingestellen sind. Ohne die bei Schneider und der Ansaldo-Werft bereits bestellten Kriegsschiffe ist der Bau von insgesamt sechs Kriegsschiffen, zwölf Torpedobootszerstörern, zwölf Torpedobooten, sechs Unterseebooten, zwei Minenschiffen, zwei Schulschiffen, vierundzwanzig Kanonenbooten, vier Flußkanonenbooten, einem Hospitalschiff und sechs Transportschiffen vorgesehen; ferner ist der Bau von Marinewerftanlagen und Arsenalen geplant.

Wie die Kölnische Zeitung aus Uesküb meldet, wurden die in Gilane gefangen gehaltenen Mitschuldigen des Albaniers Boletinaz durch 3000 Stammesgenossen befreit. Von Ausbilatis, Mitrovitza und Köprülü ist je ein Bataillon zur Bestrafung der Schuldigen abgegangen.

Marokko.

Tanger, 28. November. (Deutsche Kabelgramm-Gesellschaft.) Wie aus Rabat gemeldet wird, hat Mulay Mohammed nach Verlassen des von den Franzosen bestzten Gebietes alle Mittel angewendet, um seine Proklamation zum Sultan herbeizuführen. Diesem Treiben jedoch wurde durch seinen Führer, den in Rabat stationierten Hadsch Ben Jffa, ein Ende gemacht. Er brachte Mulay Mohammed nach Rabat, nachdem er ihn vorher daran gehindert hatte, in einem Heiligtum Zuflucht zu suchen. Mulay Mohammed soll am 28. d. M. als Gefangener nach Fez geführt worden sein.

Tanger, 29. November. Am 27. d. M. wurde eine Schwadron der Chasseurs d'Afrique in einer Stärke von 150 Mann in Casablanca nach Algerien eingeschifft.

Tschechische Ausschreitungen in Prag.

Ueber die tschechischen Ausschreitungen gegen die deutschen Studenten in Prag wird der Neuen Freien Presse vom Sonnabend weiter gemeldet:

Bei der Rückfahrt der deutschen Studenten von der Lesehalle fam es zu erneuten Ausschreitungen. Die tschechischen Studenten fielen den Pferden des Wagens der Chargierten der Verbindung Reußädter Kollegentag mit einem unbeschreiblichen Geheul in die Zügel, sprangen auf die Trittbretter und schlugen auf die Studenten los. In der Heinrichsgasse wurden die deutschen Studenten mit faulen Eiern beworfen. Der Student Löwenthal, Obmann der freien wissenschaftlichen Vereinigung der Berliner Hochschulen, wurde durch einen Stochieb verletzt. Ihm und anderen Studenten wurde wiederholt ins Gesicht gespuckt. Einem Wiener Studenten wurde ein furchtbarer Stochieb über den Hinterkopf versetzt. Die verhafteten tschechischen Studenten wurden von der Menge wieder befreit. An den Ausschreitungen waren zum großen Teil südslawische Studenten beteiligt, die an ihren rotschwarzen Mützen kenntlich waren. Am Abend kam es wiederholt zu neuerlichen Ueberfällen auf deutsche Studenten, welche sich in das Studentenheim zu einem Kommers und in die Lesehalle begaben. Ein Mitglied der Liedertafel wurde von einer großen Ueberzahl überfallen und überdies noch verhaftet, als Tschechen ihn beschuldigten, einen Revolver bei sich zu führen. Aehnliche Ueberfälle ereigneten sich in großer Zahl.

Am Sonntag wiederholten sich die Exzesse. Aus Prag wird darüber berichtet:

Heute vormittag wurden hier wiederum mehrere Ausschreitungen begangen, bei denen nach amtlicher Mitteilung ein deutscher Couleurstudent durch einen Stochieb am Kopfe verletzt und ein Polizeibeamter durch einen Steinwurf getroffen wurde. Der Graben wurde wegen des Andranges der Menschenmenge in kurzer Zeit von Militär und Polizeimannschaften geräumt, einzelne demonstrierende Trupps wurden von der Polizei auseinandergetrieben.

Die Neue Freie Presse meldet über die Vorgänge am Sonntag: Bei der heutigen Promenade der deutschen Studenten auf dem Graben kam es wieder zu großen Ausschreitungen der Tschechen, wobei deutsche Studenten insultiert und mißhandelt wurden. Um 12 Uhr Mittags wurde bei dem Gebäude der Landesbank der Kordon der Gendarmen durchbrochen, und die Studenten wurden angefallen. Ein Techniker erhielt einen Stochieb über den Kopf, durch den der Schädelknochen zersplittert wurde. Auf dem Wenzelsplatz wurde ein sechsjähriger Knabe von dem Säbelhieb eines Wachinspektors getroffen und verletzt. Der Student Ernst Veit aus Straßburg erlitt Verletzungen an Kopf und Händen. Auch ein Redakteur der Bohemia wurde insultiert. Die Ausschreitungen dauerten am Abend noch fort. Die Polizei erwies sich als machtlos. Bei den Ausschreitungen am Vormittag wurde militärische Hülfe in Anspruch genommen.

Deutsche Protestkundgebung.

Auf dem Marktplatz in Reichenberg in Böhmen wurde am Sonntag eine von Tausenden besuchte Versammlung abgehalten, in der eine Reihe von Rednern, darunter der Bürgermeister von Reichenberg Dr. Bayer und der Obmann der Reichsvereinigung deutscher Arbeitervereine Verwahrung einlegten gegen die Gewaltthätigkeiten, denen die deutschen Studenten in Prag durch den tschechischen Pöbel ausgesetzt sind. Es wurde darauf hingewiesen, daß diese Ausschreitungen an der Stätte der ältesten deutschen Universität, einem ehrwürdigen Kulturbesitz des deutschen Volkes, bereits zu einem europäischen Skandal geworden seien. Zum Schluß nahm die Versammlung eine Resolution an, in der die Regierung aufgefordert wird, die Wiederholung der allsonntäglichen Vorgänge auf dem Prager Graben unmöglich zu machen und den deutschen Studenten in Prag die Freiheit ihres Auftretens und Verkehrs und ihre persönliche Sicherheit zu verbürgen.

Italienische Protestversammlungen.

In Rom fand am Sonntag vormittag eine Protestversammlung gegen die Vorgänge an der Wiener Universität statt, an der gegen 15 000 Personen teilnahmen. Es sprachen verschiedene Abgeordnete der äußersten Linken, darunter Barzilai, der nach Schluß seiner Rede die Versammlung für geschlossen erklärte und die Anwesenden aufforderte, ruhig auseinanderzugehen. Die Versammlung verlief ohne Zwischenfall.

Auch in Mailand, Florenz, Padua und Palermo wurden Protestversammlungen abgehalten, die gleichfalls ohne besonderen Zwischenfall verliefen.

Haldane gegen Lord Roberts.

Der englische Kriegssekretär Haldane hielt am Sonnabend in Cambridge eine Rede, in der er ausführte, Lord Roberts sei in seiner jüngsten Rede im Oberhause tatsächlich für einen anderen Heeresplan eingetreten. Es sei nicht leicht gewesen, das Parlament dahin zu bringen, sich mit der Armeereformpolitik einverstanden zu erklären. Darin habe er mehr Erfahrung als hervorragende Militärs, die seiner Ansicht nach besser täten, sich an das Erreichte zu halten. Die Möglichkeit einer Invasion, die Lord Roberts als so leicht geschildert habe, sei auf das eingehendste geprüft worden, und zwar nicht nur von der Regierung allein, sondern zusammen mit Armee- und Marineoffizieren, und man habe mit Genugtuung festgestellt, daß eine derartige Expedition unmöglich ohne rechtzeitige Kenntnis der englischen Regierung ins Werk gesetzt werden könne, solange England die Seeherrschaft behaupte. Es könne wohl später irgend jemand versuchen, die Verteidigungskraft des Landes, die er geschaffen habe, noch weiter zu erhöhen, aber der, der das unternehme, möge sich hüten, sie bis zu einem Grade auszudehnen, der über das Notwendige hinausginge und die Erhaltung einer starken Flotte, welche die Grundlage von Englands Macht bilde, gefährden könne.

Zur Haltung des englischen Oberhauses.

Der Chefsekretär für Irland Augustine Birrell hielt Sonnabend abend in Warrington eine Rede, in der er sagte, die Regierung werde die vom Oberhaus abgelehnte Schankkonzessionsbill mit jedem in ihrer Macht stehenden Mittel betreiben. Sie habe das Schwert gezogen und die Scheibe weggeworfen. Da sie die Stimmung im Lande kenne und wisse, daß sie die gesamten Kräfte der Nation hinter sich habe, werde sie dem Volke Gelegenheit geben, bei den Wahlen zu zeigen, welches seine Anschauungen seien.

Wie das Reuterische Bureau bemerkt, wird die Rede Birrells nicht als die Ankündigung eines sofortigen Appells an das Land angesehen, da die Entscheidung über eine Auflösung des Parlaments bei dem Premierminister Asquith ruht. Man glaubt, daß Birrell lediglich gemeint habe, die Haltung des Oberhauses werde auf die Gestaltung des Programms der Regierung bei den nächsten Wahlen in charakteristischer Weise einwirken.

Zu dem japanisch-amerikanischen Abkommen.

Zu der New Yorker Meldung über das zwischen den Vereinigten Staaten und Japan getroffene Abkommen erfährt die Petersburger Telegraphen-Agentur aus zuverlässiger Quelle, dieser neue internationale Akt sei völlig analog dem im vorigen Jahre zwischen Japan, Rußland und Frankreich abgeschlossenen Abkommen und diene zweifellos als neue Garantie für die Festigung des Friedens im fernen Osten. Das Abkommen wird daher in Petersburg warm aufgenommen.

Persien.

Teheran, 28. November. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Dragomane der russischen und der englischen Gesandtschaft hatten heute eine Audienz beim Schah, die ungefähr eine Stunde dauerte. Der Schah bestätigte seine unabänderliche Absicht, dem Lande eine Verfassung zu verleihen, wies jedoch auf das Entgegenwirken der Geistlichkeit hin und erklärte, er werde morgen eine besondere, ständige, mit weitgehenden Vollmachten versehene beratende Körperschaft berufen. Der Schah wies ferner auf die in der Epoche des früheren Medschlis, die sich durch Eigenmächtigkeit der Endschumens und Gewaltätigkeit des Pöbels gekennzeichnet habe, aufgetretenen Irrungen und Gefahren hin und sprach die Ansicht aus, daß es zur Vermeidung von Wiederholungen der früheren Unruhen notwendig sei, die Wahlen informierter, intelligenter, erfahrener Abgeordneten zu sichern, die nicht dem Einfluße böswilliger Agitatoren verfielen und frühere Fehler nicht wiederholten. Dazu sei jedoch sorgfältige Ausarbeitung neuer Wahlgesetze erforderlich. Diese Aufgabe könne der morgen zu berufenden Versammlung aufgetragen werden.

Reschet, 29. November. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die neulich verbreitete Blättermeldung, eine Volksmenge habe das persische Zollamt in Enzeli überfallen und dort aufbewahrte 20 000 Gewehre geraubt, erweist sich als falsch. Zu Wirklichkeit war in dem Zollamt, wahrscheinlich infolge Brandstiftung, Feuer ausgebrochen, durch das 300 Gewehre beschädigt wurden.

Kleinere politische Nachrichten.

Aus Paris wird gemeldet: Fünf Offiziere der Garnison von Laon, der Kommandeur des 29. Artillerieregiments, zwei Oberstleutnants, ein Major und ein Hauptmann, wurden kraftweise zur Disposition gestellt, weil sie, entgegen ihrer Pflicht, wegen Teilnahme an mehreren Versammlungen und kirchlichen Veranstaltungen des Kongresses der katholischen Jugend des Departements Aisne, bei denen scharfe Kundgebungen gegen die Regierung und die Republik stattgefunden hatten.

Hof- und Personalnachrichten.

* Prinz Eitel-Friedrich ist gestern abend 8 Uhr 47 Min. von Schwedinitz auf dem Bahnhof Friedrichstraße eingetroffen und hat sich im Automobil nach Potsdam begeben.

---

* Prinz August Wilhelm, welcher bekanntlich in Zukunft bei der Potsdamer Regierung den praktischen Dienst kennen lernen soll, ist heute vormittag 11 Uhr von Regierungspräsidenten von der Schulenburg im Beisein des Regierungskollegiums im großen Konferenzsaal der Königlichen Regierung zu Potsdam eingeführt worden.

* Der Großherzog von Sachsen-Weimar ist gestern von hier nach Blankenburg a. H. abgereist.

* Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin der Sonnabend nachmittag hier eingetroffen war, ist gestern mittag wieder abgereist.

---

* Ihre Majestät die Königin Alexandra von Großbritannien und Irland vollendet am 1. Dezember das 64. Lebensjahr.

---

* Der anhaltische Staatsminister Mikl. Geh. Rat von Dallwitz ist von Dessau kommend hier eingetroffen und im Hotel Hohenzollern Hof abgestiegen.

Invalidenversicherung im Jahre 1907.

Dem Reichstage sind zugegangen die Nachweisungen über die 31 Invalidenversicherungsanstalten und 10 zugelassenen Kasseneinrichtungen, die im Jahre 1907 auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes bestanden. Unter letzteren befinden sich auch die am 1. Januar 1907 ins Leben getretene Invaliden-, Witwen- und Waisenversicherungskasse der Seeberufsgenossenschaft.

Diese 41 Versicherungsträger besaßen am Jahresschluß insgesamt 309 Vorstandsmitglieder, 44 Hülfsarbeiter der Vorstände, 616 Ausschußmitglieder, 396 Kontrollbeamte, 3 Rentenstellen, 124 Schiedsgerichte, 2498 besondere Markenverkaufsstellen und eine 7400 mit der Einziehung der Beiträge beauftragte Stellen.

An Wochenbeiträgen wurden bei den 31 Invalidenversicherungsanstalten rund 656 Millionen Stück verwendet, die einen Erlös von 163 457 590 ℳ ergaben. Hiervon entfielen auf polnische Arbeiter russischer oder österreichischer Staatsangehörigkeit rund 6,1 Millionen Wochenbeiträge im Werte von 520 375 ℳ. Bei den Kasseneinrichtungen betrug die Einnahme aus Beiträgen 15 185 586 ℳ.

Bei der Berechnung für das Jahr 1907 wurden 134 490 Renten als im Jahre 1907 zugegangen behandelt, nämlich 112 184 Invalidenrenten, 11 537 Krankenrenten und 10 769 Altersrenten im durchschnittlichen Jahresbetrage von 166,04 ℳ, 166,24 ℳ und 161,61 ℳ.

Beitragserstattungen wurden im Jahre 1907 festgesetzt bei 152 478 Heiratsfällen, 616 Unfällen und 35 463 Todesfällen, wobei sich der durchschnittliche Betrag auf 38,44 ℳ, 82,76 ℳ und 85,44 ℳ stellt.

Auf diese reichsgesetzlichen Entschädigungen wurden allein zu Lasten der 41 Versicherungsträger, also ohne den Anteil des Reichs, im Rechnungsjahre 1907 106 827 544 ℳ gezahlt, und zwar an Renten 97 976 968 ℳ, an Beitragserstattungen 8 854 636 ℳ. Die hinzutretende Leistung des Reichs belief sich auf 49 620 664 ℳ.

Für das Heilverfahren wurden 15 186 286 ℳ aufgewendet; hierbei sind die von Krankenkassen, von Trägern der Unfallversicherung und von anderen Seite gezahlten Kostenzuschüsse in Höhe von 3 850 362 ℳ bereits in Abzug gebracht. Der obige Betrag umfaßt u. a. die Unterstützungen an Angehörige der in Heilbehandlung genommenen Versicherten in Höhe von 1 271 466 ℳ. Darüber hinaus wurden aber auf Grund des § 45 des Gesetzes noch weitere 525 86[illegible] Mark gewährt.

Die gesamten Ausgaben für Invalidenhauspflege beliefen sich auf 653 937 ℳ. Hiervon wurden durch Einbehaltung der Renten der Pfleglinge 177 250 ℳ erstattet und durch Zuschüsse von anderer Seite 32 703 ℳ ersetzt, so daß den Versicherungsträgern aus der Anwendung des § 25 des Invalidenversicherungsgesetzes eine Reinausgabe von 443 983 ℳ erwuchs.

An Verwaltungskosten überhaupt wurden 16 900 600 ℳ ausgegeben, was auf 1000 ℳ der Einnahme aus Beiträgen eine Ausgabe von 95 ℳ, auf 1000 ℳ der gesamten Ausgaben eine solche von 120 ℳ bedeutet. Auf die einzelnen Posten verteilten sich die überhaupt als Verwaltungskosten aufzufassenden Aufwendungen so, daß von 1000 ℳ auf die allgemeine Verwaltung 590 ℳ, auf die Kosten für die Einziehung der Beiträge 142 ℳ, auf die Kosten der Kontrolle 101 ℳ und auf sonstige Kosten 167 ℳ entfielen.

Insgesamt haben sich im Jahre 1907 die Einnahmen auf 226 171 349 ℳ, die Ausgaben auf 140 629 331 ℳ beziffert, so daß sich ein Vermögenszuwachs von 85 542 018 ℳ ergibt. Am Schlusse des Jahres 1907 belief sich das Vermögen der Versicherungsanstalten und der für die reichsgesetzliche Versicherung bestimmte Teil des Vermögens der Kasseneinrichtungen auf 1 404 067 649 ℳ, wozu noch der Buchwert der Inventarien mit 5 746 087 ℳ tritt. Von 1000 ℳ Vermögen waren 15 ℳ im Kassenbestande vorhanden, während 936 ℳ in Wertpapieren und Darlehen und 49 ℳ in Grundstücken angelegt waren. Die durchschnittliche Verzinsung des in Wertpapieren und Darlehen angelegten Teiles betrug 3,55 v. H. des Ankaufspreises.

Deutsches Reich.

* In letzter Zeit haben mehrfach Sparkassen aus verschiedenen Teilen der Monarchie beim Minister des Innern den Antrag gestellt, sie wollten sich freiwillig einer satzungsmäßigen Bindung ihres Besitzstandes an Inhaberpapieren, einschließlich Reichs- und Staatspapieren, bis zur Grenze von 20 bezw. 50 v. H. ihres Einlagebestandes unterwerfen, sofern ihnen eine einmalige Anrechnung des Reservefonds und eine dementsprechend stärkere Inanspruchnahme der Ueberschüsse für außerordentliche Gemeindebedürfnisse nachgelassen werde. Der Minister hat daraufhin, so hört die Köln. Ztg., in einem Erlaß bestimmt, für diejenigen Sparkassen, die auf diese Regelung einzugehen geneigt sind, entsprechende Satzungsänderungen zu genehmigen.

* Ueber den Plan zu einer Umgestaltung der Betriebsverwaltung bei den Reichseisenbahnen wird der Frankfurter Zeitung aus Berlin mitgeteilt:

Bei ihrer Einrichtung im Jahre 1871 diente ihr die Organisation der preußischen Staatseisenbahnverwaltung zum Vorbild, die im Laufe der Jahrzehnte mehrfach abgeändert worden ist. Die Reorganisation von 1895 haben die Reichseisenbahnen nicht mitgemacht, sie soll auf diese nun übertragen werden, soweit die örtlichen Lebensbedürfnisse dem nicht entgegenstehen. Auf jedenfalls eine Umgestaltung würde die folgenden Veränderungen zur Folge haben: die bei der Generaldirektion bestehenden vier Abteilungen werden aufgehoben und die Oberinspektion werden sieben Betriebsdirektionen und die Bezirksämter tritt der Generalaufgehoben und ihre Obliegenheiten, Maschinen- und Werkstätteninspektionen werden Betriebsdirektionen. Es ist der Generaldirektion wird dann eine Vermehrung der Arbeitskräften von drei auf fünf erforderlich, so daß die Zahl der Mitglieder von 19 auf 26 (davon sind Oberräte) steigen würde. Eine weitere Stelle ist für ein Mitglied vorgesehen, das mit der Wahrnehmung der Vertretung der Reichseisenbahnverwaltung in Luxemburg betraut werden soll. Den technischen Dezernenten der Generaldirektion werden technische Kontrolleure, den Vorständen der Betriebs-, Maschinen- und Werkstätteninspektionen technische und Betriebsingenieure beigegeben. Wie in Preußen so werden auch in den Reichslanden die Oberbahnmeister eingehoben werden. Der Zugang an Stellen betrug 17 technische